

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Russland

EU fordert sofortige Freilassung von Alexej Nawalny

Seite 4

IM FOKUS

Demografischer Wandel

Breite politische Debatte zur Bevölkerungsalterung gestartet

Seite 6

Milliarden-Beihilfen

BMW und Tesla beteiligen sich an EU-Batterieprojekt

Seite 7



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Krebsbekämpfung zur gesundheitspolitischen Priorität erklärt.

Credit © European Union, 2021

GESUNDHEIT

Europa sagt dem Krebs den Kampf an

Jedes Jahr verlieren in Europa 1,3 Millionen Menschen ihr Leben an den Krebs. Damit steht die Krankheit auf Platz 2 der Todesursachen. Sollte die Politik nichts unternehmen, droht in den nächsten eineinhalb Jahrzehnten ein Anstieg um knapp ein Viertel – dann wäre Krebs Todesursache Nummer 1. Das will EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nicht hinnehmen und hat die Krebsbekämpfung zur gesundheitspolitischen Priorität erklärt. Mit einem ressortumfassenden, milliardenschweren Plan will sie die Mitgliedstaaten bei Vorsorge und Behandlung unterstützen und so den Trend stoppen.

> „Leider nimmt die Zahl der Fälle zu“, sagte von der Leyen. „Der Kampf gegen Krebs in Europa ist unser aller Kampf.“ Und die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Während nur ein Zehntel der Weltbevölkerung in Europa lebt, werden hier ein Viertel aller Krebsfälle verzeichnet. 40 Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger haben irgendwann in ihrem Leben mit dieser schweren Erkrankung zu kämpfen. Allein in Deutschland kostet sie jedes Jahr 230.000 Menschen das Leben. Doch Krebs verursacht nicht nur bei seinen Opfern und ihren Angehörigen unsagbares Leid. Er beeinträchtigt auch die Gesundheitssysteme, die Wirtschaft sowie die Gesellschaft insgesamt. Der ökonomische Schaden beläuft sich auf jährlich 100 Mrd. Euro. Andererseits weiß man heutzutage aber auch, dass bis zu 40 Prozent aller Krebserkrankungen

vermeidbar sind. Das zeigt den großen Handlungsspielraum, um Menschenleben zu retten.

Der Plan gegen Krebs ist eine der wesentlichen Säulen einer starken EU-Gesundheitsunion, die von der Leyen vergangenen November vorgestellt hat. Die Kommission will an allen Stadien der Krankheit ansetzen, von besserer Prävention über mehr Früherkennung, modernen und allgemein zugänglichen Therapien bis hin zur Palliativmedizin und Unterstützung für Krebsüberlebende. Politiker, Beschäftigte im Gesundheitsbereich, Patientenvertreter und Industrie sollen ihre Kräfte bündeln und auch die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen. „Unser Plan ist mehr als nur Gesundheitspolitik“, sagte Vizepräsident Margaritis Schinas. „Es geht um eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung.“ >>

CORONA-PANDEMIE

Neue EU-Behörde soll bei Krisenfällen helfen

Die Europäische Union soll im Falle einer neuerlichen Pandemie oder anderer Gesundheitsgefahren künftig schneller und schlagkräftiger reagieren können. Die neue EU-Behörde für die Bereitschaft und Reaktion auf gesundheitliche Notfälle (HERA) soll in Krisenfällen für ein europaweit einheitliches, grenzüberschreitendes Vorgehen sorgen. HERA soll auch dazu beitragen, Gefahren zu antizipieren und Strategien zur Vorsorge zu entwickeln. Die Industrie wird dabei ein wichtiger Partner sein. In Vorbereitung von HERA wird bereits eine Pilotaktion zur europäischen Biogefahrenabwehr gestartet. Ziel ist es, die Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen voranzutreiben, besonders auch mit Blick auf die aktuellen Coronavirus-Varianten.

“ Im Jahr 2020, als wir alle gemeinsam gegen die COVID19-Pandemie kämpften, haben viele von uns einen stillen Kampf ausgefochten: Den Kampf gegen Krebs. 1,3 Millionen Europäer sind daran gestorben – und die Zahlen steigen. ”

EU-Kommissionspräsidentin
Ursula von der Leyen

>> Für ihren Plan hat die Kommission insgesamt 4 Mrd. Euro vorgesehen, die aus der gesamten Palette der Finanzierungsinstrumente stammen und weitere Investitionen ankurbeln sollen. In den vier Bereichen Prävention, Früherkennung, Diagnose und Therapie sowie Verbesserung der Lebensqualität sollen zehn Leuchtturm-Projekte entstehen (siehe Grafik). Zudem soll die entsprechende EU-Gesetzgebung auf den Prüfstand. Beispiel Alkohol und Zigaretten: Nirgendwo auf der Welt wird so viel Alkohol getrunken wie in Europa. Dagegen ist das Bewusstsein, wie gefährlich Alkohol als Auslöser für Krebs ist, sehr gering. Deshalb sollen die Mitgliedstaaten unterstützt werden im Bemühen, den Alkoholkonsum zu verringern und über die Risiken aufzuklären. Zudem wird die EU-Gesetzgebung zur Besteuerung von Alkohol, auch beim grenzüberschreitenden Verkauf, überprüft.

Bis zu einem Fünftel aller Krebserkrankungen geht auf den Tabakkonsum zurück, mithin steht Tabak an der Spitze der vermeidbaren Auslöser. Auf EU-Ebene ist der Gesetzesrahmen zur Regulierung

von Zigarettenkonsum schon vor Jahren verschärft worden. Jetzt sollen die Regeln an neue Tabakprodukte angepasst werden, Ziel ist eine „tabakfreie Generation“. Geplant ist auch die Gründung eines neuen Wissenszentrums für Krebs, das auf EU-Ebene wissenschaftliche und technische Initiativen koordinieren soll.

Jeder hat Anspruch auf gute Versorgung

Zentraler Bestandteil des Aktionsplans ist es, die negativen Folgen der Pandemie auf Menschen mit Krebs zu mildern. Dazu gehören der Mangel an Gesundheitspersonal, Lücken bei der Behandlung und der Versorgung mit lebensnotwendigen Medikamenten sowie der Rückstand bei Vorsorge und Diagnostik. Außerdem sollen die EU-weiten Unterschiede beim gleichberechtigten Zugang zu guter Gesundheitsversorgung ausgeglichen werden. So schwanken beispielsweise die Überlebenschancen bei Gebärmutterhalskrebs zwischen 80 Prozent in einigen Mitgliedstaaten und etwa 55 Prozent in anderen – was nicht hinnehmbar ist. Eine Krebsprognose sollte nicht von Wohnort oder Wohlstand abhängen.

„Eine starke europäische Gesundheitsunion ist eine Union, in der alle auf jedem Schritt des Weges auf eine hochwertige Versorgung zurückgreifen können“, sagte Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides. (dj) >|

■ Aktionsplan zur Krebsbekämpfung

Die EU im Kampf gegen Krebs – vier Hauptaktionsbereiche

Prävention durch Bekämpfung der wichtigsten Risikofaktoren. Dazu zählen Tabak- und Alkoholkonsum, Umweltverschmutzung und Exposition gegenüber gefährlichen Stoffen. Darüber hinaus werden im Rahmen der Kampagne „HealthyLifestyle4All“ gesündere Ernährung und mehr Bewegung gefördert.



Früherkennung durch Verbesserung des Zugangs zu und der Qualität von entsprechenden Verfahren sowie der Diagnostik. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, bis 2025 für 90% der für eine Brustkrebs-, Gebärmutterhalskrebs- bzw. Darmkrebs-Früherkennung infrage kommenden EU-Bürgerinnen und -Bürger Vorsorgeuntersuchungen anzubieten.



Diagnose und Behandlung für eine besser integrierte und umfassende Versorgung von Krebskranken und für gleichen Zugang zu hochwertiger Versorgung und hochwertigen Arzneimitteln für alle.



Verbesserung der Lebensqualität von Krebskranken und Krebsüberlebenden. Hierzu gehören Rehabilitation, wiederauftretende Tumore, metastasierte Erkrankung sowie Maßnahmen zur Förderung der sozialen Integration und der Wiedereingliederung am Arbeitsplatz.



VERFAHREN GEGEN POLEN

Kommission kämpft um Unabhängigkeit polnischer Richter

In der Auseinandersetzung um Polens Justizsystem verschärft die EU-Kommission erneut die Gangart. Sie sieht die Unabhängigkeit der polnischen Richter in Gefahr, weil dort die Disziplinarkammer des Obersten Gerichts weiterhin Entscheidungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf die Arbeit der Richter treffen kann, ohne dass ihre Unabhängigkeit und Überparteilichkeit gewährleistet wäre. Hierzu gehören unter anderem die Aufhebung der Immunität von Richtern im Hinblick auf ihre strafrechtliche Verfolgung und die damit verbundene vorübergehende Suspendierung vom Dienst sowie die Kürzung der Bezüge. Die Disziplinarkammer entscheidet auch über Fragen im Zusammenhang mit dem Arbeitsrecht, der sozialen Sicherheit und der Versetzung von Richtern am Obersten Gericht in den Ruhestand. Allein die Möglichkeit eines Verfahrens vor einem Gremium, dessen Unabhängigkeit nicht gewährleistet ist, hat einen Einschüchterungseffekt auf Richter und kann ihre eigene Unabhängigkeit beeinträchtigen.

Dazu hat die Kommission nun Polen eine ergänzende, mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt. Die Kommission, die für die Einhaltung der EU-Verträge zuständig ist, hatte im April 2020 wegen des polnischen Justizgesetzes vom 20. Dezember 2019 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet. Das Land hat nun einen Monat Zeit, auf diese ergänzende, mit Gründen versehene Stellungnahme zu reagieren. Andernfalls kann die Kommission den Fall vor den Europäischen Gerichtshof bringen.

■ *Schutz von Richtern in Polen*

EU-VERBRAUCHERRECHTE

Kommission geht gegen Greenwashing vor

Nicht überall, wo Bio draufsteht, ist auch Bio drin. Immer mehr Unternehmen machen auf ihren Websites umweltbezogene Angaben, die übertrieben, irreführend oder falsch sind. In 42 Prozent der untersuchten Internetauftritte war dies der Fall, wie die Kommission bekanntgegeben hat. In mehr als der Hälfte der Fälle stellten Unternehmen den Verbrauchern keine ausreichenden Informationen zur Verfügung, um die Richtigkeit von Öko-Angaben beurteilen zu können.

Greenwashing heißt dieser Trend zur ökologischen Schönfärberei, der Verbraucherschützern ebenso wie Herstellern von nach strengen Öko-Regeln hergestellten Waren ein Dorn im Auge ist. „Die Kommission wird ... entschlossen gegen ökologischen Etikettenschwindel vorgehen“, sagte Justizkommissar Didier Reynders. Untersucht wurden Websites verschiedener Branchen wie Bekleidung, Kosmetika oder Haushaltgeräte.

■ *Ökologischer Etikettenschwindel*

GRÜNES PILOTPROJEKT

Mehr nachhaltige Produkte für Verbraucher

In Europas Supermarktregalen sollen künftig mehr klimafreundliche Produkte stehen. Dafür hat die Europäische Kommission eine Initiative gestartet, in deren Rahmen sich bislang fünf europäische Unternehmen zu einer umweltschonenderen Produktionsweise und einer größeren Palette nachhaltiger Waren verpflichtet haben. Ziel des Pilotprojekts „Green Consumption Pledge“ ist es, den Verbrauchern einen nachhaltigen und bewussteren Konsum zu ermöglichen, erklärte Justiz- und Verbraucherkommissar Didier Reynders.

„Um fundierte Entscheidungen treffen zu können, benötigen die Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Transparenz in Bezug auf den CO₂-Fußabdruck und die Nachhaltigkeit von Produkten.“ Mit an Bord sind bislang die Colruyt-Gruppe, Decathlon, die LEGO-Gruppe, L'Oréal und Renewd. Interessierte Unternehmen können sich noch bis Ende März an die Kommission wenden.

■ *Green Consumption Pledge*

CORONA-PANDEMIE

Online-Plattformen gehen verstärkt gegen Fehlinformation vor

Im Kampf gegen Desinformation über COVID-19 hat die Europäische Kommission den Betreibern von Sozialen Medien und Internet-Plattformen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Facebook, Google, Microsoft, Twitter und TikTok haben hunderttausende Konten, Angebote und Werbung im Zusammenhang mit dem Coronavirus und impfbezogenen Fehlinformationen gesperrt. Millionen Nutzer können jetzt besser erkennen, ob Inhalte über die Corona-Pandemie seriös sind. Außerdem haben die Plattformen Richtlinien in ihre Nutzungsbedingungen aufgenommen, um Desinformationen über Impfstoffe zu entfernen. Darüber hinaus arbeiten die Konzerne mehr mit Faktenprüfern zusammen.

„Die Pandemie ist zu einem Nährboden für falsche Behauptungen und Verschwörungstheorien geworden, und Plattformen sind wichtige Verstärker für diese Art von Nachrichten“, sagte die zuständige Vizepräsidentin Věra Jourová. „Wir müssen weiter zusammenarbeiten, um unseren Kampf gegen Desinformation zu verbessern.“ Das monatliche Berichtsprogramm über den Kampf gegen Online-Fehlinformation wurde im vergangenen Juni ins Leben gerufen, zunächst für sechs Monate. In der anhaltenden Pandemie soll es für weitere sechs Monate fortgesetzt werden.

■ *Kampagne gegen Desinformation*

RUSSLAND

EU fordert sofortige Freilassung von Alexej Nawalny



© Gregory Stein / Shutterstock.com

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die Verurteilung des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny scharf kritisiert. „Ich fordere Russland auf, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen und ihn sofort und bedingungslos freizulassen“, sagte von der Leyen. Auch der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, verurteilte die dreieinhalbjährige Haftstrafe. „Sie widerspricht dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, der das Vorgehen gegen Nawalny als willkürlich und unangemessen bewertet hat.“ Die EU-Außenminister hatten bereits bei ihrer Tagung am 25. Januar die Massenverhaftungen und die Polizeigewalt in Russland verurteilt und forderten Russland auf, Nawalny sowie alle Inhaftierten unverzüglich freizulassen.

Borrell, zugleich Vizepräsident der EU-Kommission, wird sich vom 4. bis 6. Februar in Russland aufhalten und mit Außenminister Sergej Lawrow zu Gesprächen zusammenkommen.

Auf der Agenda stehen unter anderem Russlands Vorgehen in der Ukraine und der Nachbarschaftsregion, der Nuklearpakt mit dem Iran, die Corona-Pandemie sowie der Klimawandel. Borrell will auch die Vergiftung und Verurteilung Nawalyns sowie die allgemeine Lage der Menschenrechte ansprechen und sich dafür auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft treffen. „Die Beziehungen mit Russland zählen zu den komplexesten, die die EU unterhält“, sagte Borrell. Mit den Gesprächen soll auch das Frühjahrstreffen der EU-Staats- und Regierungschefs im März vorbereitet werden, auf dessen Agenda strategische Diskussionen über die EU-Russland-Beziehungen stehen.

■ *EU-Russland*

ARTENVIELFALT

Europa will Elfenbeinhandel verbieten

Die EU-Kommission will den Kampf gegen Elefantenwilderei und Elfenbeinhandel verschärfen. Dazu hat die Kommission ein komplettes Verbot des Elfenbeinhandels in der EU vorgeschlagen. Ausnahmen soll es lediglich für Musikinstrumente geben, die vor 1975 legal erworben wurden. Der EU-interne Handel mit Antiquitäten aus Elfenbein soll nur mit einer Genehmigung weiter erlaubt sein.

„Die Welt verliert Wildtierpopulationen mit einer unglaublichen Geschwindigkeit“, warnte Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans. „Mit den neuen Regeln sendet die Europäische Union ein klares Signal, dass Elfenbein keine Ware ist und dass wir den Handel damit verbieten müssen.“ Zwar gilt Europa hierfür eigentlich nicht als Problemregion. Die Kommission erhofft sich mit dem Schritt jedoch Rückenwind in ihrem weltweiten Einsatz gegen die Elefantenwilderei und den Elfenbeinhandel.

■ *Elfenbeinhandel*

MILITÄRPUTSCH IN MYANMAR

EU fordert Freilassung aller Inhaftierten

Die Europäische Union hat den Militärputsch in Myanmar verurteilt. „Ich fordere die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Inhaftierten“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. „Die legitime zivile Regierung muss wiederhergestellt werden, im Einklang mit der Verfassung des Landes und den Wahlen vom November.“

Auch der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, forderte die unverzügliche und bedingungslose Freilassung von Präsident Win Myint, Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi sowie aller anderen Festgenommenen. Das Vorgehen der Tatmadaw wecke schmerzhaft Erinnerungen an die vergangenen Jahrzehnte, sagte Borrell. Die EU sei in Kontakt mit ihren internationalen Partnern, um eine koordinierte Reaktion zu gewährleisten. „Die Menschen in Myanmar wollen Demokratie. Die EU steht an ihrer Seite.“

■ *Myanmar*

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Jörg Wojahn
 Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
 E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
 Dorothee Junkers, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
 Klimaneutral gedruckt und mit FSC-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2021

CORONA-PANDEMIE

EU-Kommission unterstützt die Produzenten von COVID19-Impfstoffen

Die EU-Kommission will im Ringen um die schnellstmögliche Versorgung der Menschen in der EU mit COVID19-Impfstoffen den Pharmaunternehmen weiter unter die Arme greifen. „Die aktuellen Herausforderungen in der Produktionskette von Impfstoffen erfordern kurz- und längerfristige Lösungen“, sagte EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton. „Wir werden mit der Industrie und den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um ein europäisches Programm zum Ausbau der Impfstoffproduktion zu konzipieren.“

> Seit die Weltgesundheitsorganisation WHO vor einem Jahr die Corona-Krise zur globalen Pandemie erklärt hat, arbeitet die EU-Kommission mit aller Kraft daran, die Ausbreitung des Virus einzudämmen und den Auswirkungen der Pandemie auf Wirtschaft und Gesellschaft entgegenzuwirken. Ende Dezember lief in Europa die bis dato größte Impfkampagne aller Zeiten an. Für die Erholung Europas nach Corona steht zudem ein Aufbauprogramm über 1,8 Bill. Euro bereit mit dem Ziel, ein grüneres, stärker digital ausgerichtetes und krisenfesteres Europa zu schaffen. „Uns geht es nicht nur um momentane Schadensbegrenzung, sondern um bessere Lebensbedingungen für künftige Generationen“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Gemeinsam mit den Pharma-Chefs von BionNTech-Pfizer, Moderna, AstraZeneca, Johnson & Johnson, Curevac und Sanofi hat sich von der Leyen über den Aufbau einer Europäischen Biogefahrenabwehr und die Impfkampagne sowie das Auftreten von COVID19-Varianten in der EU ausgetauscht. Zuvor hatte es Unmut über Lieferverzögerungen bei AstraZeneca gegeben. Statt wie vereinbart 80 Millionen Dosen im ersten Quartal wollte der schwedisch-britische Hersteller zunächst nur 31 Millionen Dosen liefern. Nach Intervention der Kommissionschefin erhöhte AstraZeneca diese Menge nun auf 40 Millionen Dosen. Die Auslieferungen werden zudem eine Woche früher starten als geplant. Das Unternehmen wird außerdem seine Produktionskapazitäten in Europa ausbauen.

Vertrauen ist wichtig

Ein Eckpfeiler der Corona-Krisenreaktion der Kommission war von Beginn an die Entwicklung und Verteilung eines wirksamen und sicheren Corona-Impfstoffs. Hierbei verhandelt die Kommission im



© Shutterstock

Auftrag und unter Einbeziehung der Mitgliedstaaten mit den Pharmakonzernen, unter anderem, um jedem Land unabhängig von seiner Größe und Kaufkraft die Versorgung mit Impfdosen zu ermöglichen. Verträge über die Lieferung von 2,3 Milliarden Dosen wurden bislang abgeschlossen und drei Herstellern bedingte Zulassungen erteilt: BioNTech-Pfizer, Moderna sowie AstraZeneca.

Voraussetzung für eine Zulassung ist die gründliche Prüfung durch die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) auf Verträglichkeit, Wirksamkeit und Qualität. Der Prozess wurde aber deutlich beschleunigt beispielsweise durch das rollende Prüfverfahren, dank dessen die EMA die Daten schon während des Entwicklungsprozesses einsehen kann. Ziel ist es, bis zum Sommer 70 Prozent der Erwachsenen geimpft zu haben.

Essenziell für das Rekordtempo bei der Impfstoffentwicklung waren auch die Finanzspritzen aus dem EU-Haushalt. Im Rahmen der Impfstoffstrategie stellen EU und Mitgliedstaaten insgesamt 2,9 Mrd. Euro bereit. Dieses Geld dient dem Ausbau von Produktionskapazitäten. Für die Impfstoffforschung wurden mehr als 660 Mio. Euro mobilisiert. „Wir haben in die Forschung und die mutigen Entscheidungen einiger Pharmaunternehmen investiert“, sagte Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides. „Die Kommission ist gemeinsam mit den Mitgliedstaaten bereit, die Impfstoffhersteller zu unterstützen, damit sie die Produktion rasch hochfahren und Impfstoffe liefern können. Wir rufen nun alle Unternehmen auf, für Vorhersehbarkeit und Transparenz zu sorgen.“ (dj) >|

Die Sicherung der Produktionskette für Impfstoffe ist derzeit eine der größten Herausforderungen in der Pandemie-Bekämpfung.

■ Ein Jahr Kampf gegen Corona

DEMOGRAFISCHER WANDEL

Kommission startet breite politische Debatte zur Bevölkerungsalterung in Europa

Um ein ganzes Jahrzehnt hat in Europa die durchschnittliche Lebenserwartung in den vergangenen 50 Jahren zugenommen. Wie soll die Politik auf Chancen und Herausforderungen der alternden Gesellschaft reagieren? Dazu hat die Europäische Kommission eine zwölfwöchige öffentliche Konsultation gestartet und ein sogenanntes Grünbuch über die Folgen des demographischen Wandels auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vorgelegt.



© Shutterstock

Zu den Aufgaben, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, gehört auch die Förderung einer gesunden Lebensweise.

> „Die Tatsache, dass wir länger am Leben und gesund bleiben als die Generationen vor uns, zeigt den Erfolg und die Stärke unserer sozialen Marktwirtschaft“, sagte Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Demokratie und Demografie. „Sie bringt aber auch neue Herausforderungen mit sich und eröffnet Chancen, über die wir nachdenken müssen. Mit diesem Grünbuch wird eine Diskussion darüber angestoßen, wie wir das volle Potenzial einer alternden Bevölkerung nutzen können – ihre mögliche Triebkraft für Innovationen – und welche politischen Schritte dafür notwendig sind.“

2070 jeder dritte Europäer über 65 Jahre

Die Kommission hat das Thema Demografie weit oben auf die politische Agenda der EU gesetzt und im Juni 2020 einen ersten Bericht über die Auswirkungen des demografischen Wandels vorgelegt. Demnach ist die Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt sowohl bei Männern als auch bei Frauen in den letzten 50 Jahren um etwa zehn Jahre gestiegen. Während heute jeder Fünfte älter als 65 Jahre ist, wird es bis 2070 fast jeder Dritte sein. Der Anteil der über 80-Jährigen wird sich voraussichtlich auf 13 Prozent sogar mehr als verdoppeln. Auch die Zahl der potenziell langfristig pflegebedürftigen Menschen wird vermutlich von 19,5 Millionen im Jahr 2016 auf 23,6 Millionen im Jahr 2030 und 30,5 Millionen im Jahr 2050 steigen.

Für die Bevölkerungsstruktur bedeutet das, dass der sogenannte Altenquotient, das Verhältnis der Zahl der über 65-Jährigen zur Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter, von heute 34,1 Prozent auf 59 Prozent im Jahr 2070 steigen soll. Dies bedeutet, dass dann auf jeden Ruheständler weniger als zwei Menschen im erwerbsfähigen Alter kommen. Die Politik müsse dringend reagieren, so die Kommission.

Solidarität zwischen den Generationen

In ihrem Grünbuch beschreibt die Kommission Tempo und Ausmaß des demografischen Wandels und formuliert wichtige Fragen, die sich daraus ergeben. Dazu zählen alle Aspekte von der Förderung einer gesunden Lebensführung bis hin zur Stärkung der Gesundheits- und Pflegesysteme für ältere Menschen.

Beleuchtet werden dabei die einzelnen Lebensphasen. Beim Thema Bildung beispielsweise wird das Konzept des lebenslangen Lernens aufgezeigt, und wie man bis ins Alter gesund und fit bleibt. Thematisiert werden anschließend die Folgen des demographischen Wandels auf die Arbeitswelt, auf Produktivität, Arbeitsmärkte und Innovationen. Im Abschnitt Ruhestand geht es um Beschäftigungsmöglichkeiten wie Freiwilligendienste, aber auch die Beziehungen der verschiedenen Generationen zueinander, faire und nachhaltige Rentensysteme sowie Altersarmut. In Zeiten zunehmender Digitalisierung und Verstärkung müssen zudem Antworten gefunden werden auf die Frage, wie ältere Menschen am gesellschaftlichen Leben weiter teilhaben können, und wie zum Beispiel Mobilität gesichert werden kann. Untersucht werden müssen zudem die immer höheren Anforderungen an Gesundheitssysteme und Pflegedienste. Besonders wichtig ist das richtige Gleichgewicht zwischen nachhaltigen Lösungen für unsere Sozialsysteme und der Stärkung der Solidarität zwischen den Generationen.

Die öffentliche Konsultation steht interessierten Bürgerinnen und Bürgern und Organisationen aus allen Mitgliedstaaten offen. Auf dieser Grundlage wird die Kommission mögliche politische Strategien prüfen. Folgen soll zudem eine langfristige Vision für ländliche Gebiete, die sich auch mit der Frage der Landflucht beschäftigen wird. (dj) >|

■ Konsultation zu alternder Gesellschaft

Der demographische Wandel in Zahlen

Europa durchlebt eine Zeit tiefgreifenden Wandels: Die Geburtenrate sinkt, gleichzeitig werden die Menschen immer älter. Im Jahr 2018 lag die durchschnittliche Zahl der Geburten pro Frau in der EU bei 1,55. 2,1 gilt als die notwendige Zahl, um eine Bevölkerungszahl ohne Einberechnung von Migration stabil zu halten.

Das Durchschnittsalter dürfte heute 44 Jahren bis 2070 auf 49 Jahre ansteigen. Gleichzeitig wird der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung um nahezu ein Fünftel auf 51 Prozent sinken. Auch der Anteil Europas an der Weltbevölkerung nimmt ab und wird knapp 4 Prozent ausmachen; 1960 waren es noch 12 Prozent.

MILLIARDEN-BEIHILFEN GENEHMIGT

BMW und Tesla an EU-Elektrobatterieprojekt beteiligt

Die Produktion von Batterien für Elektroautos soll in Europa Fahrt aufnehmen. Die Europäische Kommission hat dem von Deutschland koordinierten Projekt „European Battery Innovation – EuBatIn“ grünes Licht gegeben. Beteiligt sind der Autobauer BMW, sein US-Elektrokonkurrent Tesla sowie neun weitere Firmen mit Standorten in Deutschland. Insgesamt sind 42 Unternehmen aus zwölf Mitgliedstaaten direkte Teilnehmer dieses zweiten staatlich geförderten, paneuropäischen Batterieprojektes. Das erste war im Dezember 2019 genehmigt worden. Ziel beider als IPCEI (Important Project of Common European Interest) eingestuften Projekte ist es, die asiatische Konkurrenz bei der Entwicklung von Batterien einzuholen und einen Markt für Elektromobilität in Europa zu schaffen.

> „Wenn die europäische Wirtschaft Innovationsherausforderungen in dieser Größenordnung gegenübersteht, können die Risiken zu groß sein, als dass ein Mitgliedstaat oder ein Unternehmen sie allein schultern könnte. Daher ist es sinnvoll, dass die europäischen Staaten zusammenkommen, um die Industrie bei der Entwicklung innovativerer und nachhaltigerer Batterien zu unterstützen“, sagte die für Wettbewerbspolitik zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager.

Das als „European Battery Innovation“ bezeichnete Vorhaben wurde von Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Österreich, Polen, Schweden, der Slowakei und Spanien gemeinsam vorbereitet und angemeldet. Die zwölf Mitgliedstaaten werden in den kommenden Jahren bis zu 2,9 Mrd. Euro an Finanzmitteln bereitstellen. Auf diese Weise sollen zusätzliche private Investitionen in Höhe von 9 Mrd. Euro, also mehr als das Dreifache des öffentlichen Beitrags, mobilisiert werden.

Nachhaltigkeit besonders wichtig

Unter den direkten Teilnehmern sind sowohl kleine und mittlere Unternehmen (KMU) als auch Neugründungen, die in einem oder mehreren Mitgliedstaaten tätig sind. Sie werden untereinander und mit über 150 externen Partnern aus Europa, etwa Hochschulen, öffentlichen Forschungseinrichtungen und KMU, in rund 300 geplanten Projekten eng zusammenarbeiten. Die Laufzeit des Gesamtvorhabens endet voraussichtlich 2028. Um die Erderwärmung zu stoppen, werden Batterien besonders in Verkehr



© Shutterstock

und Energie immer wichtiger. Allerdings muss ihre Wertschöpfungskette nachhaltig sein, weswegen das EU-Projekt alle Aspekte der Batterieherstellung in einer Kreislaufwirtschaft in den Blick nimmt und dort Innovationen und neue Technologien anstoßen soll, von der Rohstoffgewinnung über Konzeption und Fertigung bis hin zu Entsorgung und Wiederverwertung. Dies ist Teil umfassenderer Bemühungen der Kommission, die Entwicklung einer innovativen und nachhaltigen europäischen Batterieindustrie zu unterstützen.

Herstellung von Lithiumbatterien für umweltfreundliche Elektroautos.

“ Mit erheblicher Unterstützung geht auch Verantwortung einher: Die Öffentlichkeit muss von ihren Investitionen profitieren, weshalb Unternehmen, die Beihilfen erhalten, die gesamte EU an den Früchten ihrer Arbeit teilhaben lassen müssen. ”

Exekutiv-Vizepräsidentin
Margrethe Vestager

Das Vorhaben birgt aber auch erhebliche technologische und finanzielle Risiken, weshalb die öffentliche Förderung notwendig ist, um Investitionsanreize zu schaffen. Es trägt zu einem gemeinsamen Ziel bei, da es eine Wertschöpfungskette betrifft, die für die Zukunft Europas vor allem mit Blick auf saubere und emissionsarme Mobilität von strategischer Bedeutung ist. Sollte ein IPCEI-Vorhaben sehr erfolgreich sein und zusätzliche Nettoerträge abwerfen, werden die Unternehmen zudem einen Teil der erhaltenen Steuergelder an die betreffenden Mitgliedstaaten zurückzahlen. (dj) >|

■ Milliardenhilfen für Batterieproduktion

INFORMATIONEN UND ERFAHRUNGSBERICHTE

Kampagne „Studieren weltweit – erlebe es!“

Mit dem Ziel, die Auslandsmobilität von Studierenden an deutschen Hochschulen zu erhöhen, haben das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) gemeinsam die Initiative „studieren weltweit – ERLEBE ES!“ gestartet. „Von der Zielgruppe für die Zielgruppe“ – das ist die Idee hinter der Kampagne.



Studierende, die gerade einen Auslandsaufenthalt absolvieren, berichten in persönlichen Blog-Beiträgen und in den sozialen Netzwerken von ihren Erfahrungen und Erlebnissen. Sie teilen nicht nur ihre Eindrücke, sondern auch Informationen zu Planung und Finanzierung eines Auslandsaufenthaltes. Über die vergangenen Jahre hatte sich so bereits ein großes Netzwerk aus Berichterstattern gebildet, das auch Jahre nach dem Auslandsaufenthalt freundschaftlich miteinander verbunden ist.

■ *Kampagne „Studieren weltweit – erlebe es!“*

ERASMUS+

Neue App steht zum Download bereit

Wer über das Programm Erasmus+ einen Aufenthalt im Ausland plant, kann sich künftig zentral bei einer offiziellen App mit Informationen versorgen. Die neue Erasmus+ App stellt sicher, dass Geförderte in ganz Europa einfach auf Informationen zu den Mobilitätsangeboten des Erasmus+ Programms zugreifen können.



Zu den neuen Funktionen gehören u.a. eine Schritt-für-Schritt-Anleitung durch den Mobilitätsprozess, Tipps und Geschichten zur Unterstützung mobiler Studierender sowie Angebote, Dienstleistungen und Veranstaltungen. Für 2021 sind viele weitere Funktionen geplant. Die erste Version der neuen App kann ab sofort in Google Play, im Apple App Store oder online heruntergeladen werden.

■ *Neue Erasmus+ App*

ONLINE-KAMPAGNE

Nationale Kontaktstellen informieren zum neuen EU-Forschungsprogramm

Vom 10. Februar bis 10. März 2021 vermittelt das „Netzwerk der nationalen Kontaktstellen (NKS) zum EU-Programm Horizont Europa“ Einblicke in das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation 2021-2027. Überblicksveranstaltungen und detaillierte Angebote der NKS bieten für jeden das Richtige. Die Formate sind so vielfältig wie das Programm selbst und richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Überblicksveranstaltungen ermöglichen einen ersten Einstieg, erfahrene Antragsteller finden Formate, die gezielt Unterschiede zwischen Horizont Europa und dem Vorgänger Horizont 2020 beleuchten, und die NKS informieren über die Inhalte der geplanten Ausschreibungen und neue Anforderungen. Allen Veranstaltungen gemeinsam ist, dass sie von NKS mit umfassender und weitreichender Beratungserfahrung durchgeführt werden.

■ *Online-Kampagne des NKS-Netzwerks*



ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Transparenz bei politischer Werbung

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Transparenz in der politischen Werbung eröffnet. Die Kommission will Rechtsvorschriften zur Transparenz gesponserter politischer Inhalte sowohl online als auch offline vorschlagen. Diese sollen das Gesetz über digitale Dienste ergänzen und rechtzeitig zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2024 gelten.

Die öffentliche Konsultation will die Meinung einer Vielzahl von Interessengruppen einholen – Mitglieder der allgemeinen Öffentlichkeit, Wissenschaftler, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Medienorganisationen, Behörden und politische Parteien. Die Kommission bittet um Beiträge u.a. zu folgenden Themen: politische Werbung und damit verbundene Dienste, relevante Regeln für politische Werbung, Wahlen zum Europäischen Parlament, Transparenzanforderungen und Zielgruppenansprache. Alle Interessierten können ihre Beiträge bis zum 2. April 2021 einreichen.

■ *Öffentliche Konsultation*